

Asiatischer Balanceakt für Amerikas Verteidigungsminister

Strategische Rivalitäten dominieren die Singapurer Sicherheitskonferenz

Der amerikanische Verteidigungsminister Chuck Hagel hat China Cyber-Sabotage unterstellt. Gleichzeitig bot er der Volksrepublik eine engere Zusammenarbeit an.

Marco Kauffmann Bossart, Singapur

Der amerikanische Verteidigungsminister Chuck Hagel hat am Wochenende den Willen der Vereinigten Staaten bekräftigt, die strategische Aufwertung Asiens fortzusetzen. Bis 2020 würden 60 Prozent der amerikanischen Seestreitkräfte in dieser Weltgegend stationiert sein, sagte Hagel an einer Sicherheitskonferenz in Singapur. Zudem könnten bisher in Afghanistan und im Irak gebundene Kräfte fortan im asiatisch-pazifischen Raum genutzt werden.

«Verbindungen zu China»

Der neue Pentagonchef, der sich am «Shangri-La Dialogue» des International Institute for Strategic Studies an Sicherheitspolitikern und Militärs aus über dreissig Ländern wandte, fügte hinzu, dass es ein Trugschluss wäre, wegen der Budgetzwänge in Washington an den Zusagen und der Entschlusskraft Amerikas zu zweifeln. In Asien würden die modernsten Waffensysteme placiert.

Neben den territorialen Disputen in Nordostasien und im Südchinesischen Meer sowie den Spannungen auf der koreanischen Halbinsel, welche die Staatenwelt seit langem beschäftigen, sprach Hagel in seiner Rede mehrmals das wachsende Bedrohungspotenzial an, das von Cyber-Angriffen ausgeht. Einige dieser Attacken schienen Verbindungen zu chinesischen Militär- oder Regierungsstellen aufzuweisen, stellte Hagel eine Woche vor dem Gipfeltreffen zwischen Präsident Barack Obama und seinem Amtskollegen Xi Jinping fest. Im Mai hatte in den USA eine hochrangige Kommission angeregt, Cyber-

Spionage schärfer zu bekämpfen und Vergeltungsmassnahmen zu erwägen.

Hagel, dessen Ausführungen von einer hochrangigen Militärdelegation aus Peking verfolgt wurde, reichte der Volksrepublik trotz Tadel auch die Hand. Er würdigte die Einberufung einer Arbeitsgruppe der beiden Grossmächte zum Thema Cyberspace (siehe Kasten) als positiven Schritt. Auf einer allgemeineren Ebene unterstrich der Pentagonchef, eine konstruktive Beziehung zwischen Peking und Washington sei Bestandteil der strategischen Neuorientierung. Eine chinesische Generalmajorin merkte in der anschliessenden

Diskussion unverblümt an, dem Mantra Washingtons, wonach sich das stärkere Engagement in Asien und im Pazifikraum nicht gegen China richte, werde in ihrer Heimat kaum Glauben geschenkt.

Militär und Diplomatie

Die Volksrepublik stösst sich offenkundig daran, dass Amerika die militärische Kooperation mit Staaten ausbaut, die dezidiert gegen Chinas Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer Stellung beziehen und sich auf Pekinger Optik aufsässig benehmen. In diese Kategorie fallen Japan, die Philippinen und Viet-

nam. Der vietnamesische Ministerpräsident Nguyen Tan Dung geisselte an der Singapurer Konferenz in offensichtlicher Anspielung auf China «jene Grossmächte», die in Asien unfundierte Gebietsansprüche mit Machtpolitik durchzusetzen versuchten. Ein General aus dem Reich der Mitte verteidigte die Patrouillentätigkeit mit Kriegsschiffen als legitimes Mittel zur Wahrung der Souveränität.

Der vietnamesische Regierungschef liess durchblicken, dass er eine prominente sicherheitspolitische Rolle Amerikas begrüsst. Chuck Hagel, der wie Nguyen Tan Dung im Vietnamkrieg gekämpft hatte, dürfte diesen Ausführungen mit Genugtuung gelauscht haben. Die einstigen Kriegsgegner hatten unlängst einem Memorandum zugestimmt, das auf die Zusammenarbeit in den Bereichen maritime Sicherheit, Friedenserhaltung sowie militärische Ausbildung abzielt.

Die strategische Aufwertung Asiens, die vor eineinhalb Jahren von der damaligen Aussenministerin Hillary Clinton angekündigt worden war, schlägt sich nicht allein in der Verschiebung von Truppen und Waffensystemen nieder. Hagel hat in Singapur die Verteidigungsminister des südostasiatischen Staatenbundes Asean für 2014 zu einem Treffen nach Hawaii eingeladen. Es wäre die erste Zusammenkunft in diesem Rahmen auf amerikanischem Boden.

Peking und Washington vereinbaren Gespräche über Cyber-Spionage

win. Washington · China und die Vereinigten Staaten haben laut einem Bericht der «New York Times» vereinbart, Gespräche über elektronische Spionage aufzunehmen. Die erste Runde soll im Juli im Rahmen des jährlich durchgeführten «strategischen und wirtschaftlichen Dialogs» stattfinden. Danach soll sich eine eigens gebildete Arbeitsgruppe in kürzeren Abständen treffen. Ob dabei viel mehr herauskommt als eine Art bürokratisch-diplomatische Verwaltung des Problems, bleibt abzuwarten.

Cyber-Spionage und vor allem der Diebstahl von geistigem Eigentum mithilfe der Spionage in Computernetzwer-

ken und Datenbanken sind zu einer der wichtigsten Spannungsquellen im Verhältnis Washingtons zu Peking geworden. Die USA haben China unverblümt beschuldigt, einerseits staatliche Cyber-Spionage besonders im Sicherheitsbereich zu betreiben, andererseits aber auch die überaus fleissigen Hacker im Dienst kommerzieller chinesischer Unternehmen unbehelligt gewähren zu lassen.

China bestreitet diese Anschuldigungen so kategorisch wie reflexartig und stellt sich selber als Opfer von Cyber-Attacken und -Spionage dar. Dass Peking in den nun vereinbarten Gesprächen plötzlich eine ganz andere Haltung

an den Tag legen könnte, scheint nicht sehr wahrscheinlich.

Im Gegensatz zum Wettrüsten, das mit Abkommen zur Begrenzung oder zum Verbot bestimmter Waffen eingedämmt werden kann, sind Regeln für das Benehmen im Bereich der Informationstechnologie schwieriger vorstellbar, da nicht nur staatliche, sondern auch viele «private» Akteure mitspielen und deren Identität oft im Nebel bleibt. Vorstellbar wären in der Sicht von Experten allenfalls Abkommen über den Verzicht auf Sabotage mittels Cyber-Attacken. Aber das Spionieren zu verbieten, hat noch selten einen Nutzen hervorgebracht.

ANZEIGE

Holen Sie sich Ihren innovativen Begleiter zum Freundschaftspreis.

Gebaut für den Alltag – aber nicht alltäglich. Das Samsung Galaxy S4 mit modernsten Funktionen wie Dual Shot: Verewigen Sie Momente gleichzeitig mit der Vorder- und Rückkamera. swisscom.ch/s4



4G Samsung Galaxy S4
16 GB weiss

CHF **49.-***

mit NATEL® infinity XL

Dubiose kasachische Manöver

Der Regimekritiker Abljasow wirft Nasarbajew Entführung vor

Ein im Exil lebender kasachischer Regimekritiker wirft Präsident Nasarbajew die Entführung seiner Frau vor. Der Kampf der kasachischen Eliten wird mit zwielichtigen Methoden geführt.

Daniel Wechlin, Moskau

Die undurchsichtigen Auseinandersetzungen zwischen kasachischen Exilpolitikern und dem Regime von Präsident Nursultan Nasarbajew sind um ein Kapitel reicher. Wie am Wochenende bekannt wurde, sind am Freitag die Frau und Tochter des früheren Energieministers und Bankiers Mughtar Abljasow in einer dubiosen Aktion von Italien nach Kasachstan ausgeschafft worden. Der 50-jährige Regimekritiker schrieb auf seiner Facebook-Seite, italienische Sicherheitskräfte hätten in einem Vorort von Rom seine Frau und seine sechsjährige Tochter in Gewahrsam genommen. Diese seien daraufhin in die kasachische Hauptstadt Astana ausgeflogen worden. Inwiefern die kasachischen Behörden auf italienische Stellen für die Auslieferung einwirkten, ist unklar.

Kritiker und Profiteure

Abljasow war zum Zeitpunkt der Razzia nicht anwesend. Laut Informationen der Behörden besass seine Frau keine gültigen Aufenthaltspapiere für Italien; schon 2012 hatten die kasachischen Behörden gemeldet, dass sich das Ehepaar illegal Pässe habe ausstellen lassen. Ein Anwalt der Familie äusserte sich derweil skeptisch über die Rechtmässigkeit des Vorgehens. Er zeigte sich überrascht über die Geschwindigkeit der Ausschaffung. Sogar ein Privatjet sei bereit gestanden. Die Behörden würden «Geiseln» an einen «Diktator» ausliefern. Abljasow sprach von politischer Verfolgung und warf Präsident Nasarbajew vor, die «Entführung» angeordnet zu haben. Am Samstag informierte der Oppositionelle, dass seine Frau und Tochter in Almaty im Süden Kasachstans bei Verwandten aufgetaucht seien.

Die Episode ist nur eines von vielen Beispielen für die im Exil fortgesetzte Fehde zwischen Regimegegnern und dem Nasarbajew-Clan. Viele Exilpolitiker sind ehemalige Gefolgsleute des

mittlerweile 72-jährigen Präsidenten oder zumindest Profiteure von dessen autoritärem Herrschaftssystem, die nach einem Zerwürfnis emigrierten. Abljasow war einst Regierungsmitglied und später in einer Oppositionspartei aktiv. Im letzten Jahr äusserte er Ambitionen auf das Präsidentenamt. Die Zentralmacht geht oft mit grosser Härte gegen die Opposition vor, der sie umstürzlerische Aktivitäten vorwirft. So wird Abljasow beschuldigt, hinter den tödlichen Krawallen des Ende 2011 eskalierten Ölarbeiter-Konflikts in Schanaosen zu stehen. Nasarbajew kontrolliert das politische Machtgefüge bereits seit über zwanzig Jahren. Seine reguläre Amtszeit dauert noch bis 2016.

Bekannt wurde Abljasow im Ausland aber nicht in erster Linie als Oppositionsaktivist, sondern als schwerreicher Financier. Die kasachischen Behörden werfen ihm Geldwäsche und Veruntreuung von mehreren Milliarden Dollar während seiner Zeit als Chef der BAT-Bank vor. Nach seiner Flucht aus der zentralasiatischen Republik erhielt er 2011 in Grossbritannien politisches Asyl. Kasachstan verlangt seine Auslieferung. Doch auch in England muss sich Abljasow wegen Finanzangelegenheiten juristischen Forderungen stellen. Als ihn der High Court in London wegen Missachtung des Gerichts zu 22 Monaten verurteilte, tauchte er unter.

Fehden in der Schweiz

Ein weiterer Schauplatz kasachischer Ränkespiele mit äusserst vermögenden Akteuren ist die Schweiz. Abljasow tritt dabei ebenfalls auf. Dinara Kulibajewa, eine der Töchter Präsident Nasarbajews, ist in Genf ansässig. Sowohl gegen sie wie ihren Gatten ermittelt die Schweizer Justiz, unter anderem wegen Betrugs und des Verdachts auf Geldwäsche mit Erlösen aus dem Öl- und Gasgeschäft. Anlass für die juristischen Schritte soll auch Abljasow gegeben haben. Das Ehepaar Kulibajew befindet sich zudem in einer Fehde mit Wiktor und Leila Chrapunow, die sich 2007 in die Schweiz absetzten und gegen Nasarbajew lobbyieren. Der frühere Bürgermeister von Almaty steht im Visier der kasachischen Behörden. Mit der Familie Chrapunow ist Abljasow durch die Heirat seiner älteren Tochter Madina mit Chrapunows Sohn Ilijas verbunden.